

Als Kandidat versprach Donald Trump, er werde die Inflation schnell in den Griff bekommen. Doch der neueste Verbraucherpreisindex zeigt: Die Preise steigen weiter – und Trumps wirtschaftliche Ambitionen treffen auf die Realität des Marktes.

Inflation steigt trotz Trumps Versprechen

Seit der Wahl im November ist die jährliche Inflationsrate auf 3 % gestiegen. Besonders bemerkbar macht sich dies an den Benzinpreisen, die entgegen Trumps Ankündigungen weiter klettern. Dabei hatte er versprochen, mit mehr Ölproduktion die Energiepreise zu senken.

Doch Inflation folgt nicht einfach politischen Willenserklärungen. Ökonomen warnen, dass starke Konsumausgaben, solide Jobzuwächse und eine niedrige Arbeitslosigkeit die Inflation erneut anheizen könnten. Vor allem wohlhabendere Verbraucher halten die Nachfrage hoch, was Unternehmen Spielraum gibt, Preise weiter anzuheben.

Trumps Handelspolitik könnte Inflation verschärfen

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor sind Trumps Handelspolitik und neue Zölle. Er hat bereits einen 10 %-Tarif auf China verhängt, zudem die Zollausnahmen für Stahl- und Aluminiumimporte aus dem Jahr 2018 aufgehoben. Auch höhere Zölle auf Kanada und Mexiko stehen im Raum.

Das Problem? Höhere Importzölle bedeuten höhere Kosten für Unternehmen – und letztlich höhere Preise für Verbraucher. Waren wie Spielzeug und Autoteile sind bereits teurer geworden, bevor die neuen Tarife überhaupt in Kraft getreten sind.

Laut Wirtschaftsexperte Joseph Brusuelas könnte das das Ende der "Disinflation" bedeuten. "Wir könnten langfristig eine höhere Inflation sehen als in den 20 Jahren vor der Pandemie", sagt er.

Trump vs. Powell: Zinspolitik als Streitpunkt

Trump fordert nun Zinssenkungen – doch das bringt ihn in direkten Konflikt mit der US-Notenbank. Fed-Chef Jerome Powell machte am Mittwoch klar, dass Zinssenkungen nicht



einfach auf Wunsch erfolgen: "Wenn die Inflation steigt, werden wir unsere Werkzeuge nutzen, um sie wieder auf 2 % zu bringen."

Die Märkte reagierten prompt auf den Inflationsbericht: Die Rendite der 10-jährigen US-Staatsanleihen sprang auf 4,62 % – ein Zeichen dafür, dass Investoren mit höheren Zinsen und steigender Inflation rechnen.

Auch die Verbraucher sind skeptisch. Laut einer Umfrage der University of Michigan erwarten sie für das kommende Jahr eine Inflation von 4,3 % – ein deutlicher Anstieg gegenüber den 3.3 % des Vormonats.

Elon Musk schlägt massive Kürzungen vor

Ein neuer Akteur mischt sich nun in die Debatte ein: Elon Musk, Trumps "Minister für Regierungseffizienz". Der Tech-Milliardär schlug am Dienstag im Oval Office vor, das US-Budget um eine Billion Dollar zu kürzen – also jeden siebten Dollar der Regierungsausgaben zu streichen.

Seine Begründung: "Wenn man das Haushaltsdefizit um eine Billion Dollar senkt, gibt es keine Inflation mehr." Weniger Staatsverschuldung bedeute niedrigere Zinsen, was wiederum Hypotheken, Autokredite und Kreditkartenzahlungen für die Amerikaner verbilligen würde.

Doch Ökonomen warnen vor drastischen Folgen. Eine so massive Kürzung würde einen Rückgang des BIP um 4 % bedeuten – und könnte eine sofortige Rezession auslösen. "Es wäre ein wirtschaftlicher Schock, der das Wachstum abwürgen würde", erklärt der Wirtschaftsforscher Michael Linden.

Trump unter Zugzwang

Noch gibt es keine klare Strategie, wie Trump seine Versprechen zur Inflationsbekämpfung umsetzen will. Während seine Regierung weiterhin die Schuld bei Biden sucht, tickt die Uhr: Verbraucher spüren die hohen Preise, und die Finanzmärkte reagieren nervös.

Ob Trump seine Versprechen hält oder an den gleichen wirtschaftlichen Realitäten scheitert wie sein Vorgänger - das wird sich in den kommenden Monaten zeigen.



Von C. Hatty